

Deutschland vor der (Euro-) Wahl

Keine Stimme den Blockparteien – Diesmal haben wir eine Alternative

Es ist ein Skandal, daß der Herr Finanzminister Schäuble aufgrund eines Beitrages in der F.A.Z. – **Gezahlt wird nach der Wahl** – innerhalb von Tagen die Haftungssumme von 100 Milliarden auf 310 Milliarden Euro korrigieren mußte. Selbst das muß noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Mit Einbeziehung der Risiken der EZB kann der deutsche Haftungsrahmen schnell auf 500 bis 600 Milliarden Euro steigen.

Deutschlands Haftungssumme nähert sich damit der Summe von 800 bis 900 Milliarden. Das ist beinahe das Dreifache des jährlichen Haushaltes. Das verschweigt die Regierung. Diese Desinformationskampagne der Regierung ist kein „Kavaliersdelikt“, sondern eine bewußte Täuschung des Wählers. Augenscheinlich heiligt der Zweck die Mittel: es geht nur um Machterhalt auf Kosten des deutschen Steuerzahlers.

Die Spatzen pfeifen von den Dächern, daß es kurz nach den Wahlen zu einem weiteren Schuldenschnitt in Griechenland kommen wird. Der deutsche Wähler wird von der Regierung nicht informiert, daß in den nächsten Jahren Frankreich um Hilfe rufen muß, wenn es seine Politik nicht ändert. Die Regierung gibt auch nicht zu; daß Deutschland den Krisenländern bereits 86 Milliarden Euro gezahlt hat (FAZ. vom 9. August). Da es im Bundestag keine Opposition gegen die fahrlässige „alternativlose“ Rettungspolitik der Regierung gibt, fehlen den meisten Wählern die Informationen, die sie

zu einer fundierten Wahlentscheidung benötigen.

Wer eine der im Bundestag vertretenen Parteien wählt, unterstützt diese Politik der Beraubung des Volkes.

Leider haben die Monarchiefreunde nicht die notwendige Mitgliederzahl um bundesweit an dieser Wahl teilzunehmen. Nur bundesweit antretende Parteien haben eine Chance, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Auf



der Suche nach politischen Kräften, die unsere Kernziele: Wiederherstellung des Kaisertums, Erhalt des deutschen Nationalstaates, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung, Rückkehr zur Nationalwährung, konnten wir natürlich keine Übereinstimmungen finden. Darum müssen wir unsere Arbeit konsequent fortsetzen und hoffen, daß wir eines Tages aus eigener Kraft zur Wahl antreten können. Bis dahin setzen wir unsere Hoffnungen in die **Alternative für Deutschland (AfD)**. Dieser neuen Partei könnte es gelingen im kommenden Bundestag vertreten zu sein und entsprechenden Gegenwind zur derzeitigen Regierungspolitik zu erzeugen. **WN**

Standpunkt

BER: Großes Stühlerücken

Platzeck zieht sich zurück, Woitke wünscht sich einen politischen Fachmann vor allem, daß es schnell weiter gehe. Ohne neue Spitze droht eine politische Verweigerungshaltung, um mißliebige Debatten um Steuergeld und Fluglärm zu umsteuern.

Laut einem Beitrag des „Focus“ werden im BER-Aufsichtsrat erneut höhere Kosten befürchtet. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom April, daß der Lärmschutz nicht ausreiche, sorgt bereits für schwer kalkulierbare neue Ausgaben. Mehdorn heizte im Juli die Erwartungen noch zusätzlich an, als er einen baldigen Probebetrieb ankündigte. Erst im Frühjahr könne ein Testlauf beginnen.

Die Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg fordern über ihren Hauptgeschäftsführer einen externen Fachmann für den Posten des Aufsichtsratschefs. Die Gelegenheit mehr Fachkundige die Entscheidungen treffen zu lassen, ist zudem nur eine theoretische Chance. Das muß nun das Land Brandenburg klären. Zeit sich einzuarbeiten gibt es kaum. Fragen deren Haftung überschatten die Aufgabe. Die Öffentlichkeit hat aber einen Anspruch zu erfahren, inwieweit neben der Geschäftsführung auch der Aufsichtsrat für die durch die Verschiebung des BER-Eröffnungstermins

Fortsetzung Seite 7